

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Taylan Kurt (GRÜNE)**

vom 8. September 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 9. September 2025)

zum Thema:

**Wohnungsbau und Mischnutzung auf dem GSZM Gelände ermöglichen:
Bezahlbaren Wohnraum in Moabit schaffen!**

und **Antwort** vom 25. September 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 26. Sep. 2025)

Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Herrn Abgeordneten Taylan Kurt (Grüne)
über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin
über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/23793

vom 8. September 2025

über Wohnungsbau und Mischnutzung auf dem GSZM Gelände ermöglichen: Bezahlbaren Wohnraum in Moabit schaffen!

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort auf Ihre Frage zukommen zu lassen und hat daher den Bezirk Mitte von Berlin um eine Stellungnahme gebeten, die von dort in eigener Verantwortung erstellt und dem Senat übermittelt wurde. Sie wird nachfolgend wiedergegeben.

Frage 1:

Angesichts des dringenden Bedarfs an Wohnraum in Berlin und der begrenzten Flächenverfügbarkeit, insbesondere in der Innenstadt: Welche Planungen verfolgt der Senat derzeit auf dem Gelände des GSZM in Moabit (Turmstraße 21) Wohnraum zu schaffen?

Antwort zu 1:

Der Bezirk teilt dazu Folgendes mit:

„Der Senat unterstützt die Bezirksverwaltung Mitte finanziell bei der Ausschreibung und Vergabe eines städtebaulichen Rahmenplans für das GSZM Gelände.

Die Planungshoheit für das GSZM Gelände liegt beim Bezirk Mitte. Das Bezirksamt bereitet derzeit gemeinsam mit der BIM die Ausschreibung und Vergabe eines städtebaulichen Rahmenplans vor. Ziel ist es u.a. die Nachverdichtungspotentiale auf dem Gelände zu prüfen.“

Frage 2:

Unterstützt der Senat das Ziel, auf dem Gelände des GSZM bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, um so einen Beitrag zur Deckung des dringend benötigten Wohnraums zu leisten (z.B. auf dem Parkplatz)?

Antwort zu 2:

Der Bezirk teilt dazu Folgendes mit:

„Die Bezirksverwaltung wird mit den verschiedenen Fachverwaltungen und einem extern beauftragten Planungsbüro das Gelände und dessen kurz- bis langfristigen Bau- und Umnutzungspotentiale in den Blick nehmen. Dabei soll auch untersucht werden, welche Flächen für eine Wohnnutzung in Frage kommen.“

Der Senat begrüßt das Vorgehen.

Frage 3:

Spricht sich der Senat dafür aus, auf dem Gelände des GSZM Wohnungen durch landeseigene Wohnungsbaugesellschaften oder Wohnungsbaugenossenschaften errichten zu lassen?

Antwort zu 3:

Der Bezirk teilt dazu Folgendes mit:

„Mit Erarbeitung des städtebaulichen Rahmenplans wird das Bezirksamt landeseigene Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsbaugenossenschaften ansprechen.“

Der Senat begrüßt das Vorgehen.

Frage 4:

Falls der Senat den Wohnungsbau auf dem Gelände nicht beabsichtigt: Welche Gründe sprechen aus Sicht des Senats dagegen und wie wird dies durch den Senat beantwortet?

Antwort zu 4:

Der Bezirk teilt dazu Folgendes mit:

„Der städtebauliche Rahmenplan wird prüfen, welche Flächen sich grundsätzlich für Wohnungsbau eignen. Prüfauftrag wird zudem sein, zu eruieren welche Wohnformen geeignet sind. Seitens der BIM und des Bezirksamtes werden Wohnnutzungen geprüft, die Synergien schaffen zu den anderen sozialen-gesundheitlichen Nutzungen auf dem Gelände.“

Der Senat begrüßt das Vorgehen.

Frage 5:

Liegen dem Senat derzeit Interessensbekundungen Dritter für eine weiterführende Nutzung des Geländes vor, und wenn ja, von welchen Akteuren?

Antwort zu 5:

Der Bezirk teilt dazu Folgendes mit:

„Dem Bezirksamt Mitte liegen keine Informationen vor.“

Dem Senat sind keine Interessenbekundungen bekannt.

Frage 6:

Ist dem Senat bekannt, dass die BVV Mitte beschlossen hat, dass das BA Mitte sich für Wohnungsbau auf dem GSZM Gelände im Sinne einer Mischnutzung einsetzen soll?

Antwort zu 6:

Der Bezirk teilt dazu Folgendes mit:

„Die BVV Mitte hat das Bezirksamt Mitte ersucht die Planungsinhalte für ein klimaresilientes und CO2-neutrales Quartier für soziale und gesundheitliche Leistungen um das Thema gemeinwohlorientierter Wohnformen zu erweitern. Diesem Ersuchen wird das Bezirksamt Mitte mit dem städtebaulichen Rahmenplan nachkommen.“

Der Senat begrüßt das Vorgehen.

Berlin, den 25.09.2025

In Vertretung

Slotty

.....

Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen